

Der Oberbürgermeister
Plauen, 25.08.2025

Niederschrift über die 9. Sitzung (Sondersitzung) des Finanzausschusses

Sitzung am: Dienstag, den 05.08.2025
Sitzungsort: Sitzungszimmer 345

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 17:48 Uhr

Anwesenheit:

Name

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Steffen Zenner

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Cornelia Erhardt
Herr Helmar Gerisch
Herr Christian Hermann
Herr Christian Kellner
Frau Kerstin Knabe
Frau Petra Rank
Herr Jörg Schmidt
Herr Maik Schwarz
Herr Markus Witte

Beratendes Mitglied

Herr Volker Albrecht
Herr Torsten Stengel
Herr Christian Stephan

Abwesenheit:

Name

Beratendes Mitglied

Herr Danny Przisambor	entschuldigt
Herr Lennart Schorch	entschuldigt
Herr Heiko Wogenstein	unentschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Peggy Hein	Fachdienstete für das Finanzwesen	gesamte Sitzung
Herr Dr. Rene Schreiter	FBL Sicherheit und Ordnung	gesamte Sitzung
Herr Martin Hofmann	Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Lars Krämer	Leiter Büro Oberbürgermeister	gesamte Sitzung
Herr Lars Buchman	Personalrat	gesamte Sitzung

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Daniel Kurzbach, Leiter Polizeirevier Plauen	TOP 2.1
Freie Presse	Berichterstattung

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 1.2 Tagesordnung
- TOP 2 Beschlussfassung**
- TOP 2.1 Errichtung eines Bürgerpunktes und Abschluss eines Mietvertrages im Objekt Postplatz 5 (Landratsamt)
BSV-188/2025

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Oberbürgermeister Zenner eröffnet den öffentlichen Teil der 9. (Sonder-) Sitzung des Finanzausschusses durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung.

Gemäß § 39 Abs. 1 SächsGemO weist er darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Gemeinderatsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Finanzausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Fraktionsvorsitzender Markus Witte, AfD-Fraktion, und Stadträtin Petra Rank, Die Linke/Grüne-Fraktion, bestellt.

1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses der Stadt Plauen mit 10 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern (inkl. Oberbürgermeister) gewährleistet ist.

1.2 Tagesordnung

Oberbürgermeister Zenner schlägt vor, die Tagesordnung um einen nichtöffentlichen Teil zu erweitern, da er eine Eilentscheidung treffen musste und diese Informationsvorlage als Tischvorlage dem Ausschuss vorgelegt werden soll (INV-046/2025). Es gibt keine Gegenstimmen. Oberbürgermeister Zenner bestätigt die Tagesordnung zum öffentlichen Teil der 9. (Sonder-) Sitzung des Finanzausschusses.

2 Beschlussfassung

- 2.1 Errichtung eines Bürgerpunktes und Abschluss eines Mietvertrages im Objekt Postplatz 5 (Landratsamt)
BSV-188/2025

Oberbürgermeister Zenner erläutert die Details der Vorlage.

Herr Daniel Kurzbach, Leiter Polizeirevier Plauen, erklärt, dass das Polizeirevier Plauen sich gern an dem Vorhaben beteiligen wird und dies auch unterstützen möchte. Im Jahr 2023 wurde gemeinsam mit der Stadt Plauen ein Gesamtpaket geschürt, welches die Präsenzerhöhung der Einsatzeinheiten im Stadtgebiet beinhaltete. Eine erhöhte Präsenz geht allerdings immer damit einher, dass zwar das Sicherheitsgefühl der Bürger vorerst steigt, aber ab einer gewissen Präsenz nimmt dies wieder ab. Es entsteht dann eine Art Zuschreibungsprozess, bei welchem die Bürgerschaft denkt, dass eventuell eine erhöhte Gefahr droht. Die Präsenz sollte somit immer mit Augenmaß betrieben werden. Das subjektive Sicherheitsgefühl wurde im Frühjahr 2024 weiter erhöht, als zwei Bürgerpolizisten im Stadtzentrum zum Einsatz gebracht wurden. Dies hat sich sehr bewährt und bestärkt ihn, den Weg zur bürgerfreundlichen Kommunikation weiter so zu gehen. Aus diesem Grund möchte er das Anliegen der Stadt zur Einrichtung eines Bürgerpunktes unterstützen. Er glaubt, dass die Sichtachsen dieser Büroeinheit wichtig und richtig sind. Der Bürger kann niedrigschwellig seine Probleme und Sorgen barrierefrei vortragen. Es wird sich durch die fachübergreifende Zusammenarbeit zwischen Polizeivollzugsdienst und Polizeibehörde für jedes Problem ein Ansprechpartner finden lassen. Es gab hierzu bereits Abstimmungen mit Herrn Lichtenberger (Leiter Polizeidirektion Zwickau), dass zwei Polizeivollzugsbeamte mit Dienstfahrzeug täglich 15:00 Uhr bis 21:00 Uhr ihren Dienst dort verrichten werden.

Er kennt dieses Modell bereits aus Chemnitz und Dresden. Diese Art Bürgerpunkt wird dort nicht als bedrohlich empfunden, sondern als nahbare Verwaltung.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass immer wieder die Bürgerschaft und die Händler der Innenstadt darum bitten, mehr Präsenz vor Ort zu zeigen. Er hofft, dass auch einige Unruhestifter nach den ersten Kontakten dort ihr Tun und Handeln anders abwägen. Man kann hier sowohl restriktiv, als auch präventiv, für Sicherheit sorgen.

Herr Dr. Rene Schreiter, Fachbereichsleiter Sicherheit/Ordnung, erklärt, dass der Gemeindliche Vollzugsdienst (GVD) weiterhin im Stadtgebiet Präsenz zeigen wird. Er erhofft sich durch den Umzug kürzere Wege bis zum Ausrücken in Dienstkleidung. Außerdem sind die Kollegen ansprechbarer für die Bevölkerung. Es wird ebenfalls Herr Zabel (kommunaler Präventionsrat) stundenweise vor Ort sein, sowie auch Herr Gabriel (FGL Sicherheit/Ordnung). Die Räumlichkeiten werden sicherlich ebenfalls für Sicherheitsberatungen zu städtischen Veranstaltungen genutzt werden. Es laufen derzeit noch drei Ausschreibungen für Dienstgruppenführer (DGF). Er hofft, dass diese zum Ende des Jahres abgeschlossen sind. Geplant ist, dass ein DGF im Innendienst ebenfalls Arbeiten dort erledigen wird. Für die Kollegen im GVD sei es ein langgehegter und nachvollziehbarer Wunsch, sanitäre Anlagen (Duschen) vorzufinden, welche im Rathaus nicht realisierbar sind. Auch die Nutzung einer Teeküche für Pausenzeiten, die gerade auch während des Schichtdienstes und zu Stadtfesten wichtig sind, sei ein weiterer großer Vorteil.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass die Räumlichkeit ein Beratungsbüro der Signal Iduna war. Es ist hochwertig ausgestattet mit einem großen Counter und einer großen Bürofläche mit Schreibtischen und Stühlen. Die Küchenzeile ist ebenfalls hochwertig. Dies kann alles kostenfrei im Mietpreis übernommen werden. Der Mietzins in Höhe von 6,95€ ist für eine innerstädtische sanierte Immobilie sehr gut. Die Verhandlungen begannen bei 10€/m². Die Umsetzung wäre ein Zeichen an die Bevölkerung und eine Wertschätzung an die Arbeit des GVD.

Stadtrat Markus Witte, Fraktionsvorsitzender AfD-Fraktion, erklärt, dass seine Fraktion grundlegend Maßnahmen unterstützt, welche die Sicherheit der Bürger verbessern. Er denkt, dass die Polizei der Stadt Plauen dies meistern kann. In diesem Zusammenhang sieht er hier allerdings eine Vermengung zwischen dem Wunsch des Oberbürgermeisters nach neuen Büros für die Mitarbeiter des GVD und zum anderen fühlt es sich so an, als würde man die Sicherheit hier vorschieben, um die Notwendigkeit dieses Büros zu erhöhen. Ihm persönlich gefällt die Konstellation nicht, wie die Stadt zu dieser Mieteinheit kommt. Zum einen kritisiert er, dass das Gebäude dem Landratsamt gehört, dieses an die Sparkasse untervermietet und diese wiederum an die Signal Iduna. Er fragt sich, an welcher Stelle hier entsprechende Aufschläge verlangt werden. Diese Information ist in der Vorlage nicht sichtbar. Er denkt nicht, dass in Plauen weitere Büros benötigt werden, welche doppelt belegt sind. Er spricht hier die stundenweise Belegung durch den kommunalen Präventionsrat an. Dieses Geld sollte nicht ausgegeben werden und die Räumlichkeiten der Stadt sollten so genutzt werden, dass man damit auskommt.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass die Forderung der Bürgerschaft und der Händler nach mehr Präsenz und Sicherheit auf dem Postplatz nach wie vor besteht. Der Umzug des GVD steht dabei nicht vordergründig im Raum. Dieser sei nach wie vor im Rathaus verortet. Allerdings ergeben sich gewisse Synergieeffekte, wenn ein Büro vom 275m² zur Verfügung steht. Der GVD wäre dann aber dort vor Ort, wo die Probleme bestehen.

Die Untervermietung an die Sparkasse findet deshalb statt, weil die Sparkasse dort mehrere hunderttausend Euro für den Ausbau investiert hat. Die Mietzahlung geht nicht an das Landratsamt, sondern direkt an die Sparkasse.

Die Stadtverwaltung prüft außerdem sehr genau, ob neue Räume angemietet werden müssen oder vorhandener Raum genutzt wird. Dies ist notwendig, wenn die ehemalige Gebäude- und Anlagenverwaltung (GAV) in das Rathaus zurückgezogen werden soll. Deshalb sind die Ertüchtigungen über 400.000 EUR in der Vorlage erfasst.

Gerade die AfD-Fraktion hat gefordert, dass der Oberbürgermeister auf dem Postplatz mehr Präsenz zeigt und den Bürgern das verlangte Sicherheitsgefühl gibt.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, erklärt, dass es ihr persönlich bekannt ist, dass das Gebäude der Sparkasse gehört und nicht dem Landratsamt. Der Mietpreis sollte hier auch nicht unbedingt die Diskussionsgrundlage sein. Eine viel höhere finanzielle Belastung sind schon die drei noch ausgeschriebenen Stellen der Dienstgruppenführer. Diese Einstellungen sind allerdings schon beschlossen und unabhängig von der Errichtung des Bürgerpunktes notwendig.

Sie fragt nach, inwieweit der Auszug von 15 GVD-Mitarbeitern Platz schaffen soll für 150 Mitarbeiter der Gebäude- und Anlagenverwaltung. Dies wird nicht ausreichen und im Grunde ist dieser Umzug zukünftig eine viel höhere finanzielle Belastung. Sie sieht den Inhalt der Vorlage als Vorteil. Eventuell sucht der Bürger hier eher den Weg hinein als in das Rathaus. Sie hofft, dass in den Wintermonaten der GVD dieses Büro trotz schlechter Witterung verlässt.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass dies mit dem GVD bereits besprochen wurde. Dies soll kein Zufluchtsort sein, um sich im Winter zurückzuziehen. Der Dienst bleibt unverändert. Es ist auch falsch, dass eine Doppelnutzung der Büros stattfindet. Herr Zabel wird stundenweise als Ansprechpartner vor Ort sein. Ein Umzug von Herrn Zabel kommt nicht in Frage. Die vorhandene Büroausstattung kann alternierend genutzt werden.

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, erklärt, dass der Kostenblock hier nicht in den Vordergrund gestellt werden sollte. Dies sollte als Ganzes betrachtet werden. Das Ziel war, dass die GAV wieder zurück in das Rathaus kommt. Dies muss auch vollzogen werden. Jetzt bietet sich hier ein wichtiger Synergieeffekt. Er warnt immer davor, von Brennpunkten zu sprechen. Es gibt allerdings einen gesellschaftlichen Wandel, dessen Ursachen alle bekannt sind. Allerdings hat der Stadtrat am Ende die Verantwortung für die Sicherheit der Bürger der Stadt. Aus polizeilicher Sicht wird dies als gefährlicher Ort eingestuft. Die restriktiv möglichen Maßnahmen wie Alkoholverbotzone haben erste Wirkungen gezeigt. Die Videoüberwachung wurde nach langen Diskussionen, hohen Hürden und Kosten nicht umgesetzt. Der sich jetzt bietende Anlaufpunkt für den Bürger sollte deshalb umgesetzt werden. Ihn wundert es, dass gerade die Fraktion, welche immer für Recht und Ordnung in den sozialen Medien einsteht, hier nicht auf der Seite der Stadtverwaltung ist.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, fragt, warum dies heute nur im Finanzausschuss beraten wird. Aufgrund der Sommerpause konnte sie dieses Thema bisher nicht in der Fraktion besprechen. Sie hätte sich gewünscht, dass dieses Thema im Vorfeld angesprochen wird. Das Konzept scheint wohl schon länger zu bestehen. Sie hätte für diese Maßnahme auch die Villa am Postplatz vorgeschlagen. Diese war bedauerlicherweise wegen fehlender Fördermittel über ein halbes Jahr geschlossen. Sie hat Bedenken, dass sich dies bei fehlenden Geldern wiederholen könnte. Diese fehlenden Gelder werden eventuell jetzt im geplanten Bürgerpunkt verbraucht. Eventuell gibt es andere städtische Gebäude für diesen Zweck, deren Nutzung kostenfrei wäre. Sie hat Bedenken, weil im Rathaus immer mehr Räumlichkeiten benötigt werden. Ein weiterer Ausbau ist wohl trotz dem geplanten Umzug unumgänglich. Sie hätte sich mehr Auswahlmöglichkeiten gewünscht, welche in Ruhe diskutiert werden können. Sie kritisiert die heute angedachte schnelle Entscheidung ohne Einbeziehung des Stadtrates. Außerdem fragt sie, warum während der Schließzeit der Villa am Postplatz der Antrag ihrer Fraktion abgelehnt wurde, diese Aufgabe Herrn Zabel zeitweise zu übertragen. Damals gab es die Aussage, dass Herr Zabel keine zeitlichen Kapazitäten hat. Sie fragt, warum er im Bürgerpunkt jetzt die Zeit für Sprechzeiten hat.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass er für die Villa am Postplatz nichtöffentlich eine Nachnutzung empfehlen kann, falls die Fördermittel nicht mehr kommen sollten.

Er erklärt, dass tatsächlich ständig in das Rathaus eingezogen wird. Es erfolgte der Einzug des Einwohnermeldeamtes, welches bis dahin in extern gemieteten Räumen untergebracht war. Es soll die GAV eingezogen werden, welche derzeit ebenfalls extern eingemietet ist. Somit werden regelmäßig Räumlichkeiten verändert und benötigt. Die vorgeschlagenen 275m² sind für den GVD vollkommen ausreichend und eine weitere Aufstockung des dortigen Personals ist nicht geplant und finanziell nicht abzubilden. Er ist der Meinung, dass diese Anmietung vorerst finanziell überschaubarer ist, als der sonst notwendige Umbau des Rathauses. Hier sind die Gesamtkosten nicht genau absehbar.

Die Behandlung im Finanzausschuss erfolgt, weil dieser der beschließende Ausschuss finanzieller Angelegenheiten der Stadt Plauen ist. Ursprünglich war die weitere Behandlung zur Sondersitzung des Stadtrates zum 12.08.2025 geplant. Dieser findet nicht statt.

Stadträtin Cornelia Erhardt, AfD-Fraktion, erklärt, dass ihre Fraktion wohl falsch verstanden wurde. Selbstverständlich ist sie um die Sicherheit der Bürger bedacht. Sie erklärt, dass dieses 275m² große Objekt mit einer Mietdauer von 8 Jahren einen hohen Kostenfaktor darstellt. Sie fragt, ob hier auch eine kleinere Einheit mit kürzerer Mietzeit sinnvoll wäre. Nach ihren Berechnungen hat ein Beamter 100m² zur Verfügung. Es werden nicht alle Mitarbeiter immer komplett vor Ort sein und einen Schreibtisch benötigen.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass der GVD mit 15 Personen dort einziehen wird. Diese benötigen Umkleieräume, Spinte und einen Aufenthaltsraum. Diese Ausstattung ist auch derzeit vorhanden. Schon in der Zeit des Schichtwechsels wird dieser Platz benötigt werden. Ein Schreibtischplatz ist nicht für jeden Mitarbeiter vorgesehen. Hier gibt es im neuen Gebäude insgesamt 8, diese werden alternierend genutzt. Er glaubt, dass auch die damit verbundene und erhoffte Belegung der Innenstadt die Mietkosten schnell wieder einspielen wird. Für die Fraktion sollte sich die Frage stellen, ob sie dazu steht, für Ordnung und Sicherheit sorgen zu wollen. Diese wird nicht zum Nulltarif umgesetzt werden können. Stadtrat Mathias Weiser (AfD-Fraktion) hat den Oberbürgermeister ausdrücklich öffentlich dazu aufgefordert, für mehr Sicherheit und Ordnung zu sorgen.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender Bündnis Sahra Wagenknecht, erklärt, dass er die kurze Beratungsvorlaufzeit etwas schwierig findet, da in der Sommerpause im Regelfall keine Fraktionssitzungen stattfinden. Seiner Meinung nach lässt der Inhalt der Vorlage keinen Bedarf einer Sondersitzung erkennen. Diese hätte in der regulären Sitzung des Finanzausschusses am 28.08.2025 und am 09.09.2025 zum Stadtrat beraten bzw. beschlossen werden können. Er begrüßt es, dass der GVD hier vorab involviert wurde. Er gibt zu bedenken, dass nicht alle Einsatzfahrzeuge vor Ort geparkt werden sollten, um das Sicherheitsgefühl zu erhalten. Dies ist allerdings eine subjektive Wahrnehmung.

Er findet die Halbtagsbesetzung einzelner Personen bedenklich. Er fragt, warum z.B. Herr Zabel nicht komplett umzieht. Somit wäre ein weiterer Raum im Rathaus frei. Andererseits könnte auch eine Teilung des Zimmers mit einer anderen Stelle im Rathaus erfolgen. Man sollte zwei halbleere Büros vermeiden. Dies sollte effektiver gestaltet werden. Die Ansprechbarkeit ist am Postplatz sicher gegeben. Er persönlich sieht hier die kurze Entfernung zum Rathaus aber nicht als Hürde, um Probleme zu klären. Die Ersparnis an Raumfläche, welche die Polizei bzw. das Land Sachsen an dieser Stelle hat, wird allerdings in keiner Art und Weise durch das Land wieder ausgeglichen. Es könnte eine Beteiligung der Mietkosten erfolgen.

Zu den Kosten gibt er Folgendes zu bedenken: Bei einer Investition von 400.000 EUR und einer angenommenen Abschreibungszeit von 25 Jahren und den damit verbundenen Kosten in Gegenüberstellung zu den Mietaufwendungen, ist es günstiger, den Ausbau vorzunehmen. Allerdings müssten dann die Mittel für den Ausbau auch zur Verfügung stehen und die Miete über einen längeren Zeitraum bestehen als 8 Jahre. Er tendiert zur Ablehnung der Vorlage. Eventuell gibt es auch die Option einer ein- oder zweijährigen Testphase. Vielleicht wäre dies mit dem Vermieter noch verhandelbar.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass die Mittel für den Ausbau des Rathauses aktuell nicht zur Verfügung stehen und es auch keine entsprechenden Förderprogramme gibt. Die Stadt ist an der Verschuldungsgrenze angekommen und kann keine neuen Kredite aufnehmen. Insofern ist die Anmietung des Objektes die kostengünstigere und umsetzbare Variante. Die Polizei hat von Beginn an klargestellt, dass es ein enormer Kraftakt ist, überhaupt die beiden Einsatzkräfte zu stellen. Eine Beteiligung an den Immobilienkosten ist nicht möglich. Die Polizeiwache in Plauen macht deutlich, dass auch hier seitens des Landes äußerst sparsam umgegangen wird. Auch in den Bürgerpunkten in Chemnitz und Dresden beteiligt sich die Polizei nicht an diesen Kosten. Die Ansprechbarkeit der Bürger soll sich auf die Probleme des Postplatzes beziehen. Es soll nicht so sein, dass alle Verwaltungsangelegenheiten (Rechnungen/Bescheide) dort geklärt werden sollen. Bei akuten Problemen auf dem Postplatz wird der Bürger nicht danach ins Rathaus gehen und dies dort vortragen. Es soll hier eine sofortige Lösung von akuten Problemlagen erreicht werden. Man sollte auch den psychologischen Aspekt für die Bürgerschaft und die potenziellen Täter nicht unterschätzen.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Plauen-Fraktion, erklärt, dass er die Kurzfristigkeit in der Sommerpause ebenfalls schwierig findet. Seine Fraktion hat es in der Vergangenheit unterstützt, den GVD personell aufzustocken, um regelmäßig Präsenz zeigen zu können. Die Ansprechbarkeit ist somit bereits mit einer personellen Unterstützung gegeben. Zu viele Einsatzfahrzeuge verringern das Sicherheitsgefühl der Bürger wohl wieder. Er ist eher skeptisch, dass ein neues Objekt dazu geeignet ist, diese Präsenz zu unterstützen.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass auch aufgrund der genannten Diskussionsbedarfe in den Fraktionen, diese Vorlage eventuell ebenfalls im Stadtrat diskutiert werden sollte.

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, erklärt, dass man froh sein sollte, dass die Kooperation des gemeindlichen Vollzugsdienstes mit dem Polizeivollzugsdienst in den letzten Jahren sehr gut funktioniert und derart zugenommen hat.

Am Ende ist der Oberbürgermeister für die Sicherheit in der Stadt zuständig ist. Er glaubt allerdings auch, dass die Beratungsfrist hier zu kurz ist und dieses Thema im Stadtrat auf einer breiteren Ebene diskutiert werden sollte.

Er stellt einen Antrag, dass diese Vorlage nach § 41 Abs. 3 Sächsische Gemeindeordnung in der nächstmöglichen Stadtratssitzung behandelt wird und heute keine Abstimmung erfolgt. (Ein Fünftel aller Mitglieder eines beschließenden Ausschusses kann verlangen, dass eine Angelegenheit dem Gemeinderat zur Beschlussfassung unterbreitet wird, wenn sie für die Gemeinde von besonderer Bedeutung ist.).

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, möchte daran erinnern, dass der Finanzausschuss für die Entscheidung der Finanzierung zuständig ist. Die personelle Aufstockung des GVD aufgrund der Gesamtsituation auf insgesamt 15 Personen ist mit den dazugehörigen Personalkosten ein viel größerer Kostenfaktor als die zu beschließenden Mietaufwendungen. Dies sollte klar sein.

Oberbürgermeister Zenner bestätigt dies und erklärt, dass er zuständig ist, derartige Vorschläge zur Erhöhung der Sicherheit zu tätigen. Er ist von dieser Lösung überzeugt. Er empfiehlt den Anwesenden auch Rücksprachen mit der Bevölkerung und den ansässigen Händlern zu nehmen um eine Entscheidung zu finden. Auch die weiteren notwendigen Einzüge in das Rathaus sollten dabei nicht vergessen werden.

Herr Christian Stephan, sachkundiger Einwohner, fragt, wie die Parkplatzsituation der Einsatzfahrzeuge aussehen soll. Im Falle des Umzuges des gesamten GVD betrifft dies dann mehrere Fahrzeuge. Eventuell wäre dies ein weiterer Kostenfaktor. Er fragt auch nach der Definition des angesprochenen gefährlichen Ortes. Seiner Meinung nach ist dies eine Auslegung der Polizei, um den Beamten besondere Rechte zu ermöglichen, wie zum Beispiel anlasslose Personenkontrollen durchführen zu können. Er denkt, dass dieses Mittel etwas mehr in den Fokus rücken sollte. Eine Bestreifung per Pkw ist oft nicht zielführend. Eine tägliche fußläufige Bestreifung und die ein oder andere Personenkontrolle sind hier eventuell hilfreicher. Nur so erhält man den gewünschten Verdrängungseffekt aus der Innenstadt heraus.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass zum Mietobjekt zwei Parkplätze vor den Fenstern direkt am Postplatz gehören. Die restlichen Fahrzeuge sind bestenfalls im Einsatz im Stadtgebiet.

Dr. Rene Schreiter, FBL Sicherheit/Ordnung, erklärt, dass eine Dienstgruppe, welche den morgendlichen Dienst aufnimmt, ein Fahrzeug im Rathaus übernimmt. Bei Schichtwechsel werden die Fahrzeuge entsprechend übergeben und die letzte Dienstgruppe wird das Fahrzeug zum Rathaus zurückbringen. Die Dienstfahrzeuge werden nach aktuellem Stand weiterhin auf den verfügbaren Stellplätzen am Rathaus stehen.

Herr Kurzbach, Leiter Polizeirevier Plauen, erklärt, dass der Terminus „gefährlicher Ort“ daher rührt, dass im alten sächsischen Polizeigesetz dies so benannt wurde. Dies wurde bewusst abgewählt. Die Bezeichnung lautet heute „ein Ort im Sinne §15 SächsPVDG“. Dies bedeutet im Endeffekt, dass eine erhöhte Kriminalitätsbelastung vorliegt bzw. mehr Straftaten in diesem Bereich passieren, als im Vergleich zum übrigen Stadtgebiet. Daraus ergibt sich die Rechtsgrundlage zur anlasslosen Personenkontrolle. Aber auch bei diesem Instrumentarium kann er nur zur Umsetzung mit Augenmaß raten, denn jeder der sich in der Innenstadt wohlfühlen will und eventuell im Cafe sitzt, möchte nicht, dass jegliche kleine Ansammlung von Personen sofort einer Personenkontrolle mit Taschenkontrolle hervorruft. Die Kontrolle an sich wird tagtäglich genutzt und durchgeführt, aber in einem gewissen Maße. Die Fußstreifen werden derzeit durch die Bürgerpolizisten (Frau Riedel und Herr Wolfram) wahrgenommen. Diese sind täglich zu Fuß am Postplatz unterwegs. Eine Einsatzeinheit hat so viel Equipment an Bord, welches in Sekunden einsatzbereit sein muss, dass diese Einsatzkräfte nicht zu Fußstreifen eingesetzt werden können. Er nimmt diese Ansätze aber gerne mit.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass zum Antrag von Herrn Stadtrat Jörg Schmidt nach § 41 Abs. 3 Sächsische Gemeindeordnung ein Fünftel aller Mitglieder diesen Antrag stellen müssen. Demnach müsste ein weiterer Stadtrat dem zustimmen, da der beschließende Ausschuss zehn stimmberechtigte Mitglieder beinhaltet. Herr Fraktionsvorsitzender Maik Schwarz stimmt diesem Antrag ebenfalls zu. Der Antrag ist somit angenommen und es erfolgt keine Abstimmung zur Vorlage.

Er schlägt vor, den kommenden Stadtrat am 09.09.2025 zur Diskussion und Beschlussfassung zu nutzen. Er weist darauf hin, dass die Sparkasse zu einer Entscheidung drängt, weshalb die Vorlage vorgezogen wurde.

Es erfolgt keine Abstimmung.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Markus Witte
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Janine Hulinsky
Schriftführerin

Petra Rank
Stadträtin